

Eck- und Standpunkte zum Kreisetat

Kommunales | Blick in die Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppen / Lange Liste an Extrawünschen

Eck-, Schwer- und Standpunkte: Die Fraktionen und Gruppen im Kreistag hielten am Montag ihre Haushaltsreden. Ein Extrakt aus den Positionen.

■ Von Volker Rath

Kreis Freudenstadt. Es sprachen Armin Jöchle für die CDU, Klaas Klaassen für die FWV, Reiner Ullrich für die SPD, Ernst Wolf für die FDP, Wolf Hoffmann für die Grünen und Bärbel Altendorf-Jehle für die Liste »Frauen in den Kreistag«. Lothar Seidemann (Republikaner) war für die Sitzung entschuldigt, hatte seine Rede jedoch schriftlich eingereicht.

Gesundheit/Krankenhaus:
■ CDU: Der Teilneubau des Krankenhauses ist für uns eine unumkehrbare Entscheidung für die zukünftige medizinische Versorgung im Landkreis. Damit ergibt sich die Chance, Strukturen und Angebote aufzubauen, die so effizient sind, dass der in den letzten Jahren entstandene Verlust nicht mehr anfällt.

■ FWV: Die KLF ist auf dem richtigen Weg. Wir müssen am Abbau der Defizite weiterarbeiten. Es sind gute Bedingungen, gemeinsam das wichtigste und größte Investitionsprojekt in der Geschichte des Landkreises auf den Weg zu bringen.

■ SPD: Wir fordern, dass für den Standort Hob ein Konzept entwickelt werden soll, das zum einen die Verluste minimiert, dies aber auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse einer ärztlichen Grundversorgung der Bevölkerung im Raum Horb. Wir fordern eine weitere Förderung der Hebammen.

■ FDP: Nach wie vor werden Prognosen zur Geschäftsentwicklung nicht erreicht. Wir erwarten, dass der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion entsprechend ausfüllt. Die Fraktion wird keine Entscheidungen mehr mittragen, die aus unsicheren wirtschaftlichen Annahmen beruhen.

■ Grüne: Der Teilneubau des Krankenhauses ist wichtig und notwendig. Er ist ein Segen für den Kreis. Wir hoffen, den Abmangel gegen Null führen zu können.

■ Frauenliste: Es wurde noch kein Antrag auf ein Hebammenstipendium gestellt. Der Kreistag soll hier nachbessern, es etwa für Bewerberinnen von auswärts öffnen, und das Angebot besser publik machen.

Schulen:

■ CDU: Wir freuen uns, dass die Schulleitungen und die Landkreisverwaltung ein strukturiertes Programm zur Digitalisierung ausgearbeitet haben. Vielleicht wurde dies durch die Diskussion um das Schulbudget beschleunigt.

■ FWV: Auch wir finden es richtig, dass von Seiten des Landkreises Geld für die Digitalisierung der Schulen in die Hand genommen wird.

■ SPD: Das Schulbudget beträgt 2,17 Millionen Euro. Das sehen wir als Erfolg unseres Engagements. Wir fordern die Herabsetzung der Mindestschülerzahlen in Berufsschulklassen von 16 auf zehn.

■ Grüne: Die Investitions offensive im IT-Bereich ist zu begrüßen. Dass Stellen für Schulsozialarbeit wegen der Deckelung der Kosten abgelehnt wurden, trotz Antrag der Schulleitungen, halten wir für nicht verantwortlich.



Noch bis kommenden Montag im Entwurfsstadium – und heftig diskutiert: der Kreishaushalt für nächstes Jahr.

Foto: Rath

Natur- und Klimaschutz:
■ CDU: Der Landkreis ist bei der Energieeinsparung ganz gut unterwegs.

■ SPD: Wir fordern eine Klimakonferenz und die Ausschreibung eines jährlichen Klimaschutzpreises.

■ FDP: Mehr kann man nicht machen? Wir sagen: Doch, das geht. Wir müssen den Fokus auf das Verbraucherverhalten legen, wenn wir in der Technik nicht weiterkommen. Die Reaktionen zeigen, wie unwichtig ein potenzieller Klimawandel wird, wenn es um die eigene Komfortzone geht.

■ Grüne: Die Anstrengungen des Kreises sind leider nicht zufriedenstellend. Wir beantragen den Haushaltsansatz für energetische Sanierungen um 180000 auf eine Million Euro anzuheben. Wir möchten, dass die Verwaltung den Anteil an Bioprodukten für den Einkauf der kreiseigenen Kantinen und Mensen kontinuierlich erhöht. Wir beantragen die Einrichtung eines Runden Tisches zur Frage, wie man die biologische Vielfalt wieder erhöhen kann.

■ Frauenliste: Wir müssen im Kreis handeln und unseren eigenen Teil beitragen, etwa Energie sparen, den Plastikmüll eindämmen und das Insektensterben vor der eigenen Haustür stoppen. Der Kreis soll eine Fläche für den Blühenden Naturpark zur Verfügung stellen und als Gastgeschenke Produkte heimischer Produzenten beschaffen.

Soziales:

■ CDU: Die Stellenmehrung im Jugendamt tragen wir zum Schutz der Kinder und Familien mit.

■ SPD: Wir fordern, dass der Landrat weiter die Initiative ergreift, dass mit der Kreisbau sozialer Wohnungsbau ermöglicht wird, die Erstellung eines Kreissenorenplans und die Schaffung einer Stelle eines hauptamtlichen Kreissenorenbeauftragten.

■ Grüne: Wir fordern im Wohnungsbau endlich konkrete Taten. Der Kreis soll über seine Beteiligung an

Wohnbaugesellschaften aktiv werden, Gemeinden sollen ihre Baugrundstücke ausnahmslos selbst vermarkten.

■ Frauenliste: Die Wohnungsnot ist im Kreis angekommen, auch bei Familien oder jungen Menschen. Wir bitten zu prüfen, inwieweit der Kreis hier selbst aktiv werden kann. Der Kreis soll sich grundsätzlich mit dem Thema »gute Pflege« beschäftigen. Ein schnell umzusetzender Schritt wäre eine Internetplattform, in der Angehörige nachschauen können, wo es freie Pflegeplätze gibt. Die Zukunft liegt im Pflege- und Betreuungsmix aus Angehörigen, Ehrenamtlichen und Fachkräften. Der Kreis hat kein Frauenhaus.

Über die Frauenhilfe werden jedes Jahr zwischen acht und elf Frauen und ihre Kinder in Frauenhäuser anderer Städte vermittelt. Wir hoffen, dass sich der Kreistag dieser Aufgabe annimmt.

■ Republikaner: Zwei bedenkliche Entwicklungen will ich noch ansprechen: die wachsende Zahl armer Menschen und die nach wie vor wuchernde Bürokratie. Letztere verteuert etwa das Bauen.

Flüchtlinge:

■ CDU: Dank guter Arbeit der Mitarbeiter im Landkreis, bei den Gemeinden und der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeitskreisen konnten inzwischen schon gute Ergebnisse bei der Integration erreicht werden.

■ FWV: Die Integration bleibt eine anspruchsvolle Daueraufgabe. Bleiberechtigte müssen so schnell wie möglich integriert werden. Städte, Gemeinden und Ehrenamtliche haben hier Außerordentliches geleistet. Ausreisepflichtige Personen müssen unser Land zeitnah wieder verlassen.

■ FDP: Von den Vereinen wurde tolle Arbeit geleistet.

■ Frauenliste: Wir stehen über kurz oder lang vor einer nächsten Flüchtlingswelle.

Wir begrüßen die Idee des Landrats, in Afrika eine Berufsschule oder ein berufs-

schulorientiertes Projekt auf die Beine zu stellen.

■ Republikaner: Die Kosten der Anschlussunterbringung belasten unsere Gemeinden und den Kreis. Der Vertrag zur globalen Migration wird Auswirkungen auf künftige Kreishaushalte haben.

ÖPNV:

■ CDU: Wir erwarten eine Aussage darüber, wie die Anzahl der Tarifzonen im Verkehrsverbund sinnvoll verringert werden kann. Ein Anschluss von Eutingen und Horb entlang der Gäubahn an den VVS soll geprüft werden. Wenn das Land in seinen Nationalpark Besucher mit dem Bus fahren will, dann soll das Land auch für die Kosten aufkommen.

■ SPD: Wir fordern Maßnahmen des Landkreises, die eine einstündige Anbindung ausgehend vom Freudenstädter Stern in alle drei Richtungen – Karlsruhe, Stuttgart und Ofenbürg – ermöglichen, die Wiederherstellung der Zweigleisigkeit und Neigetechnik auf der Gäubahn, die Elektrifizierung der Strecke Horb-Tübingen und Untersuchungen zur Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene.

■ FDP: Die S-Bahn-Verbindungen sind von allerhöchster Bedeutung. Wie dürfen hier keinen Millimeter nachgeben. Notfalls müssen wir über ein Deckungslückenmodell verhandeln, bevor die Anzahl der Züge auf der Murgtalbahn eingeschränkt wird.

■ Grüne: Es ist ein Ärgernis, dass der Kreis Freudenstadt im Vergleich zu anderen ländlichen Kreisen viel zu wenig in den ÖPNV investiert.

Straßenbau:

■ CDU: Der Ausbau der Kreisverkehrs zwischen Eutingen und Altheim wird durch zwei Grundstückseigentümer verhindert. Muss dort erst jemand sein Leben lassen, bis ein paar Quadratmeter Wiese verkauft werden?

■ FWV: Der Landkreis muss beim Rauen Stich dranbleiben und darauf hinwirken, dass

der Kriechverkehr auf der Schlagader zwischen Horb und Freudenstadt ein Ende nimmt. Je länger wir dringend notwendige Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen hinausschieben, desto größer wird der Aufwand.

■ SPD: Wir beantragen eine Initiative des Landkreises für eine Anbindung des Landkreises an die A81 und A5.

■ FDP: Die Zustände im Kreis sind deutlich besser als im Großraum Stuttgart.

■ Republikaner: Sehr positiv zu bewerten ist der Ausbau einiger Kreisstraßen.

Backbone-Netz:

■ CDU: Bedenken gegen einen Ausbau auf eigene Rechnung lassen sich nicht wegdiskutieren. Aber damit wir von der digitalen Zukunft nicht angehängt werden, müssen wir es selber machen.

■ FWV: Es ist richtig, dass der Landkreis den Ausbau eines digitalen Rückgrats schaffen möchte. Es ist im Interesse von Bürgern und Wirtschaft.

■ FDP: Wir benötigen eine Infrastruktur per Kabel und besonders auch für Funk. Die Entscheidung des Kreistags, das Backbone ohne Prüfung von Alternativen in Eigenregie zu realisieren, ist falsch gewesen. Ein verlorener Zuschuss wäre die bessere Alternative gewesen.

■ Grüne: Zu Glasfasernetzen gibt es keine Alternative. Datennetze müssen wie Strom und Wasser von der öffentlichen Hand kontrolliert werden. Deshalb befürworten wir den Aufbau eines Backbone-Glasfasernetzes.

Sonstiges:

■ SPD: Wir fordern eine bessere Radwegvernetzung mit den Nachbarlandkreisen.

■ FDP: Wir haften für die gesamten Schulden der OEW, nicht nur für unseren Anteil von fünf Prozent. Ein Erfolgsmodell ist das nicht.

■ Grüne: Damit der Landkreis als Arbeitgeber attraktiv bleibt, befürworten wir Jobtickets und Job-Rad-Modelle und schlagen zusätzlich vor, einen Fitnessraum im Landratsamt einzurichten. Der Bürgerdialog zur Sperrmüllsammmlung ist ausgesprochen positiv verlaufen. Diese großartige Idee sollte bei weiteren Themen fortgeführt werden, etwa ÖPNV, Bürgerbeteiligung oder Plastikmüll-Reduzierung. Die Schaffung einer Stelle für Bürgerbeteiligung und Ideenmanagement halten wir für notwendig.

■ Frauenliste: Für Nichtbürgermeister und Nichtrentner ist es schwer, sich für die Kreistagssitzungen ab 15 Uhr freizuschaffen. Viel einfacher wäre es, wenn die Sitzungen erst um 17 Uhr beginnen würden.

Kreistag zurt Haushalt fest

Kreis Freudenstadt. Der Kreistag hat am Montag, 17. Dezember, seine letzte Sitzung in diesem Jahr. Die Runde tagt im Sitzungssaal des Landratsamts. Der öffentliche Teil beginnt anders als sonst um 15.30 Uhr. Die Tagesordnung: die Auftragsvergabe für den Rahmenvertrag Aufbau Backbone-Netz, die Anträge der Fraktionen und Gruppen zum Haushaltsplan 2019 und die Verabschiedung des Etats, der Betrauungsakt für die Krankenhäuser Landkreis Freudenstadt gGmbH (KLF), die EU-weite Ausschreibung für Entsorgungsdienstleistungen, eine Information über den Auftrag für Sicherheitsdienstleistungen in Flüchtlingsunterkünften, die Vergabe des Auftrags für die Erdgaslieferung an den Landkreis für die Jahre 2019 und 2020 sowie Aktuelles und Bekanntgaben.

Kurz notiert

Ruf: Anträge kamen fristgerecht

Kreis Freudenstadt (vr). Nachtrag fürs Protokoll: Die Gemeinde Baiersbronn hat ihre Projekte für das neue Radwege-Dringlichkeitsprogramm des Landkreises Freudenstadt fristgerecht eingereicht. Auf diese Feststellung legt Bürgermeister Michael Ruf wert. Etwas anderes hatte zwar auch keiner so behauptet. Dennoch musste sich Ruf offenbar Kritik aus seiner Gemeinde anhören. Hintergrund: Die Baiersbronner Projekte konnten nicht mehr in die Postsendung der Unterlagen zur Sitzung für die Kreisräte aufgenommen werden. Die Antragsfrist war erst drei Tage nach Versendettermin ausgelaufen. Am Ergebnis änderte dies allerdings nichts. Die Baiersbronner Anträge wurden in der Sitzung nachgereicht.

Landrat Klaus Michael Rückert sagte zu, dass die Verwaltung nächstes Jahr die Einreichungsfrist auf die Antragsfrist abstimmen werde. Am Montag verabschiedete der Kreistag das Dringlichkeitsprogramm, so wie es der zuständige Ausschuss empfohlen hatte (wir berichteten) – einstimmig und ohne weitere Debatte.

Region

Neue App als Service für ÖPNV-Nutzer

Region. Neue Wege geht die Verkehrsgesellschaft Bäderkreis Calw (VGC): Der Tarifverbund des ÖPNV im Landkreis Calw stellte jetzt eine App für Smartphones namens »VGC Mobil« vor. »Die kann alles, was eine App können muss«, so Christine Schreck von der VGC. Mit der neuen App können Kunden von Bussen und Bahnen die Fahrplanauskunft abrufen, sich für einen Rufbus anmelden, Fahrpläne teilen oder in Echtzeit verfolgen, ob der Bus pünktlich kommt. Zwar seien noch nicht alle Busse mit der Möglichkeit einer Echtzeit-Messung ausgestattet. Aber das soll laut Schreck nach und nach geschehen. »Wir haben bei der App auch die Möglichkeit, aktuelle Meldungen zu kommunizieren«, erklärt sie. Beispielsweise wenn eine Strecke durch einen Unfall gesperrt ist. Rund ein Jahr lang wurde an der App gearbeitet. Drei Monate lang befand sie sich in der Testphase. Nun kann man sie kostenlos im Play-Store (Android) oder im App-Store (Apple) herunterladen.